LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER-Namensbeitrag für das "Handelsblatt

LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER-Namensbeitrag für das "Handelsblatt"

Berlin. Die stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Bundesjustizministerin SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER schrieb für das "Handelsblatt" (Freitag-Ausgabe) den folgenden Gastbeitrag:
Schluss mit Kleinstaaterei
Die meisten Menschen nutzen täglich diverse Internetdienste, ohne einen Cent zu zahlen - wissend, dass sie mit ihren Daten für die Dienste zahlen, denn nichts ist kostenlos. Das Geschäftsmodell sozialer Netze oder Suchmaschinen ist nicht grundsätzlich das Problem, wenn der Schutz der Privatsphäre und der Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Es ist aber ein Problem, wenn amerikanische Sicherheitsbehörden scheinbar Daten ohne Berücksichtung des Datenschutzes ausforschen, während in anderen Staaten der Datenschutz hochgehalten wird. Ein Generalverdacht gegen jeden User durch eine pauschale Überwachung weltweit würde das Vertrauen in die digitale Kommunikation zerstören. Am Ende einer solchen Entwicklung könnte nicht nur eine Schwächung der ungeheuren Wachstumsdynamik der IT-Branche stehen, sondern sogar das Aus von einigen Diensteanbietern. Vertrauen der Nutzer in die digitale Welt und ihre Anbieter ist eine Conditio sine qua non. Ohne Vertrauen ihrer Nutzer kann diese digitale Welt nicht existieren.
Deswegen brauchen wir eine neue Dynamik für einen europäischen Datenschutz. Wenn sich die Europäer auf ein einheitliches hohes Datenschutzniveau verständigen, profitieren nicht nur die Nutzer. Ein europäischer Datenschutz bietet die Chance, den Standortvorteil Datenschutz voll gegenüber der chinesischen oder US-amerikanischen Konkurrenz auszuspielen. Europa muss in Sachen Datenschutz raus aus der Kleinstaaterei. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger brauchen einen verstärkten Schutz - national, europäisch und international. So kann die EU Standards setzen, der auch Maßstab für das Datenschutzübereinkommen der EU mit den USA sein sollte.
Der europäische Datenschutz ist in der Vergangenheit eher in Trippelschritten vorangekommen. Es gibt eine Datenschutzrichtlinie von 1995. Am 27. Januar 2012 legte die EU-Kommission den Entwurf einer Datenschutz-Grundverordnung vor. Damit soll ein einheitliches Datenschutzniveau in den Mitgliedstaaten etabliert werden. Dieses Datenschutzniveau soll dann auch für alle außereuropäischen Konzerne gelten, denn nach dem dort einzuführenden Marktortprinzip gilt dann das Recht der Nutzers, also der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union. Verstöße dagegen werden mit hohen Geldsanktionen geahndet. Auf diesem Weg müssten amerikanische Konzerne den Datenschutz in der Europäischen Union achten, der sich von dem in den Vereinigten Staaten deutlich unterscheidet. Mehr Schutz könnte auch durch ein Datenschutz-Rahmeneinkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten erreicht werden, über das seit langem erfolglos verhandelt wird. Der Entwurf einer Datenschutz-Grundverordnung wird derzeit intensiv beraten und ist in Teilaspekten wegen der Höhe des Datenschutzniveaus kontrovers.
Jetzt kommt es darauf an, dass alle Mitgliedstaaten konstruktiv an der Verordnung mitarbeiten. Der Schutz der Privatsphäre gehört nicht nur zu den Gründungsmythen unserer Demokratien. Er muss auch im 21. Jahrhundert über einen effektiven Grundrechtsschutz gewährleistet werden.

Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
FDP-Bundesgeschäftsstelle
Thomas-Dehler-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T: 030 284958-41/43
F: 030 284958-42
mailto:presse@fdp.de

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung.Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.